

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 34 (2015)

Heft: 66

Artikel: Griechenlandkrise oder Krise der EU? : Kontroverse zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Autor: Madörin, Mascha

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651606>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Griechenlandkrise oder Krise der EU?

Kontroverse zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Mit der Wahl der linken Sammelbewegung Syriza zur Regierungspartei Griechenlands ist eine Kontroverse über die Zukunft der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU)¹ entbrannt, die weit über die üblichen Debatten zur europäischen Politik hinausgeht. Sie geht nach dem Nein der griechischen Bevölkerung zur Fortsetzung der Sparprogramme weiter. In den europäischen Hauptstädten mehren sich die Stimmen, die einen Austritt des aufmüpfigen Griechenlands aus der Eurozone (Grexit) als beste Lösung für die Eurozone, aber auch für Griechenland betrachten. Auch innerhalb der Syriza wächst der Einfluss der Gruppe, die für einen Grexit plädiert. Gleichzeitig hält die Regierung am Kurs fest, im Euro bleiben zu wollen – und wird vermutlich auch künftig weitere schmerzhaftere Zugeständnisse machen müssen. Bei meinem Essay handelt es sich um einen Versuch, anhand dieser Kontroverse die Konturen einer – hoffentlich weiter auflebenden – linken makroökonomischen Auseinandersetzung mit der Architektur der EWU zu skizzieren.

Bei Syriza gibt es zwei wichtige Kontrahenten: die Parlamentsabgeordneten und Ökonomieprofessoren Costas Lapavitsas und Yanis Varoufakis. Beide sind nicht Parteimitglieder von Syriza, aber wichtige Berater. Letzterer wurde zum Finanzminister ernannt und war bis zu seinem überraschenden Rücktritt am 5. Juli 2015 nach der Abstimmung in Griechenland zuständig für die Verhandlungen mit der Eurozone und dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Varoufakis und Lapavitsas sind sich einig, dass das heutige Einheitswährungssystem mit seiner bestehenden Architektur und seinen Regulierungen nie hätte eingeführt werden dürfen. Kein Land hätte beitreten sollen, insbesondere nicht Griechenland. Bezüglich der Verhandlungen um den Verbleib in der Eurozone vertreten sie jedoch gegensätzliche Positionen.

So ist Varoufakis der Ansicht, dass es aus der EWU kein Zurück mehr gibt. Er hält einen Grexit für politisch ausserordentlich gefährlich, für den Anfang des Zerfalls des Projekts eines demokratischen und sozialen Europa, der verheerende politische Konsequenzen nach sich zöge. Griechenland ist aus seiner Sicht das Land, an dem die Frage der Zukunft der EWU gegenwärtig verhandelt wird. Er fordert eine Reform der EWU (Varoufakis u. a. 2015).

Lapavitsas hingegen hält die Architektur der Einheitswährung für nicht reformierbar, für eine *Empire*-Einrichtung des Neoliberalismus (Lapavitsas 2015b). Er plädiert für eine Politik der Demontage des Euro und fordert die Einführung eines Wechselkurssystems unter Führung der Europäischen Union (EU).

Die Auseinandersetzung mit diesen beiden Positionen liessen mich zum Schluss kommen, dass sie auf unterschiedlichen makroökonomischen Analysen und theoretischen Überlegungen beruhen; dies, obwohl beide sich in einem ähnlichen Spektrum zeitgenössischer marxistischer und linkskeynesianischer Analysen bewegen.² Darauf soll im Folgenden eingegangen werden.

1. Welche Krise?

Hausgemachte Krise – Krise der EWU?

Die griechische Regierung vertritt die Position, dass die griechische Krise eine Krise der EWU sei, während beispielsweise der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble immer noch darauf beharrt, dass die Wirtschaftsdepression Griechenlands hausgemacht sei. Tatsächlich hat Griechenland eine jahrzehntelange Geschichte von Leistungsbilanz- und Staatsdefiziten (Galenianós 2015; Giannítsis 2015; Kleiser 2014, 74 f.), gekoppelt mit einem ineffizienten und aufgeblasenen Staatsapparat, mit Korruption und einer massiven Steuerflucht. Die griechische Regierung ist sich in diesem Punkt mit der Eurogruppe und der Troika³ einig. Doch die hausgemachten Probleme können die verheerende wirtschaftliche Abwärtsspirale Griechenlands der letzten fünf Jahre nicht erklären.

Die tieferen Ursachen müssen bei den Austeritäts- und Reformprogrammen gesucht werden, die der IWF und die Institutionen der Eurogruppe Griechenland aufgezwungen haben und deren Implementierung von der Troika streng überwacht wird. Das Reformprogramm der Troika war trotz enormer Anstrengungen Griechenlands ein grosser Misserfolg, mit verheerenden Auswirkungen auf das Bruttoinlandprodukt (BIP), auf die öffentliche Verschuldung, die Arbeitslosigkeit (insbesondere bei Jugendlichen) und die verfügbaren Einkommen. Die Haushalte des Zehntels mit den niedrigsten Einkommen etwa verloren zwischen 2010 und 2014 über vier Fünftel ihres Einkommens (Giannítsis/Zografakis 2015; Tsipras 2015). Die Gläubiger Griechenlands beharren jedoch mit wenigen Abstrichen auf ihren alten Forderungen. Damit widerstehen sie bis heute der Logik ihrer eigenen Analysen, schreibt etwa Sandbu (2015b) in der *Financial Times*, sodass inzwischen von einem mutwilligen Nicht-wissen-Wollen («self-inflicted obscurantism») gesprochen werden müsse.

Unterschiedliche Analysen der Finanzkrise und der Zukunft einer EWU

Lapavitsas wie Varoufakis sind beide der Meinung, dass den zerstörerischen Effekten der Austeritätspolitik mit keynesianischer Politik begegnet werden muss. Ihre Differenzen liegen bei der Einschätzung, ob eine linke Politik versuchen soll, die Architektur der EWU zu verändern. Uneinig sind sie sich auch, was Griechenland in den Verhandlungen mit der EWU erreichen sollte.

In seinem Buch über die Finanzialisierung des Kapitalismus analysiert Costas Lapavitsas (2013) neue Formen kapitalistischer Ausbeutung und Akkumulation, die durch die Finanzialisierung – charakterisiert als «Profit ohne Produktion» – entstanden sind. Lapavitsas sieht in der Bekämpfung der Finanzialisierung «eine Haltung, die zu antikapitalistischen Ideen und Strategien führt und daher Teil des Kampfes für den Sozialismus sein sollte» (ebd., 327, Übers. d. Red.) Damit eine linke Politik von Syriza in Griechenland Erfolg habe, müsse sie die institutionellen Rahmenbedingungen insbesondere des Finanz- und Bankensystems verändern. Aber weder in der europäischen Linken noch bei Syriza werde verstanden, dass es unmöglich sei, die Währungsunion zu reformieren (Lapavitsas 2015a): Die europäische Währungsunion sei hauptsächlich dazu eingeführt worden, eine Weltwährung in Konkurrenz zum Dollar zu etablieren (Lapavitsas u. a. 2012). Deshalb sei die Erweiterung der EWU auf inzwischen 19 Länder notwendig gewesen. Und damit sollte die Teilhabe wichtiger europäischer Länder (und ihrer KapitalistInnen) an den «Profiten ohne Produktion» garantiert werden. Dem Währungssystem immanent sei jedoch eine Entwicklung, die zu einem neuen Nebeneinander und zu einer wachsenden Ungleichheit zwischen Zentrum und Peripherie Europas führe. Durch die Währungsunion wurde es den Regierungen der einzelnen Länder weitgehend verunmöglicht, eine eigenständige Fiskal- und Währungspolitik, das heisst eine eigene makroökonomische Politik zu betreiben. Die EU limitierte die fiskalpolitischen Handlungsspielräume der Nationalstaaten mit rigiden Beschränkungen, während der EWU keine fiskalpolitischen Möglichkeiten gegeben wurde, sie also keine eigenen Steuern erheben kann. Damit wurde der neoliberale Traum von der wirtschaftspolitischen Entmachtung des Staates durchgesetzt und die Austerität institutionell abgesichert. Der Euro sei also nicht als Projekt der Vereinigung Europas und der Solidarität zwischen europäischen Ländern angelegt, wie dies viele Linke immer noch glauben, analysiert Lapavitsas weiter, sondern eine neoliberale Antwort auf die Finanzialisierung des Kapitalismus. Ohne einen Bruch mit dem Euro seien insbesondere periphere Länder Europas in einem eisernen Käfig von Austerität, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit gefangen. Für Griechenland wäre die wohl einzig mögliche radikale

Antwort, seine Zahlungsunfähigkeit zu erklären und aus der Eurozone auszutreten, schrieb Lapavitsas mit einem Autorenkollektiv bereits im Jahr 2012 (Lapavitsas u. a. 2012).⁴

Varoufakis ist gegenteiliger Ansicht. Er fürchtet sich vor dem Ende der Einheitswährung, welches die europäische Vereinigung zerrütten und das Projekt eines sozialen und demokratischen Europa vernichten könnte. Insbesondere warnt er davor, dass ein Zerfall zu Erfolgen rechtsextremer und rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien führen könnte. Varoufakis und seine Co-Autoren, die Ökonomen Joseph Halevi und Nicolas Theocarakis, kritisieren bzw. relativieren die Finanzialisierungsthese von Lapavitsas: «*Crash*. Finanzialisierung war nicht die Ursache [der Finanzkrise]. Wirkungslose Regulierung der Banken auch nicht. Gier war nicht Schuld. Globalisierung war nicht der Übeltäter. Die Strategien des Fed lösten die Krise nicht aus, noch verhinderten sie sie. Die Europäische Währungsunion hatte Fehler, aber sie war nicht für die Katastrophe verantwortlich. All dies waren nur zusammenwirkende Symptome einer allgemeinen Dynamik, zu der sie beitrugen.» (Varoufakis u. a. 2011, 445, Übers. d. Red.) Die drei Ökonomen sehen in der Finanzkrise von 2007/08 den Zusammenbruch dessen, was sie einen globalen Mechanismus für das Überschussrecycling (GMÜR) im Kapitalismus nennen.⁵ Unter anderem geht es um die Frage, unter welchen Bedingungen Länder mit Exportüberschüssen ihre überschüssigen Produkte in anderen Ländern verkaufen können. Das importierende Land muss über die nötigen finanziellen Mittel verfügen und dementsprechend mit Kapital versorgt werden – Kapital, das dann wiederum ins exportierende Land fließt. Im globalen Massstab muss also Kapital von Ländern mit Exportüberschüssen stets rezykliert werden: Es muss wieder in Länder mit Handelsbilanzdefiziten angelegt werden, damit die Wirtschaft global am Laufen bleibt. In diesem Zusammenhang ist die Analyse der Struktur globaler Handels- und Finanzflüsse, von Währungssystemen und der Rolle von Zentralbanken zentral.

Die GMÜR-Ökonomen unterscheiden zwei historische Phasen:

1. Die Phase des «Globalen Plans» und der keynesianischen Steuerung: Die USA exportierten nach dem Zweiten Weltkrieg einen Teil ihrer Produktionsüberschüsse und lenkten grosse Teile des Überschusskapitals nach Japan und Europa sowie in den Ausbau des Sozialstaates in den USA selbst.
2. Die Phase des «Minotaurus», mit der Wallstreet als einer Art «globalem Staubsauger» der Finanzflüsse (Varoufakis 2012, 34): Zu Beginn der 1970er-Jahren waren die USA mit einem beträchtlichen Handelsbilanz- und Haushaltsdefizit konfrontiert; sie sorgten für einen gewaltigen Umbruch des Recyclingmechanismus, der, so die Grundthese Varoufakis', «die globalen Handels- und Kapitalströme umkehrte» (ebd., 261 f.). Dank

enormer Reallohnsenkungen und massiver Zinserhöhungen für Anleihen und Kredite wurden die USA zu Beginn der 1980er-Jahre attraktiv für ausländisches Kapital.⁶ So konnten sowohl das Handelsdefizit wie das Staatsdefizit während mehr als zweier Jahrzehnte mit ausländischem Kapital finanziert werden. Varoufakis spricht vom «doppelten W-Kapitalismus» (Varoufakis u. a. 2011, 353): Wallstreet, durch die zeitweise bis zu achtzig Prozent der globalen Kapitalströme flossen, und Walmart, der den grössten Teil seiner billigen Massenkonsumgüter aus der Volksrepublik China bezog.

Die USA haben also seit dem Zweiten Weltkrieg, in zwei Phasen auf sehr unterschiedliche Art, als gigantische keynesianische Maschine für die OECD-Staaten funktioniert. Seit 2008 sind die USA dazu nicht mehr in der Lage. Varoufakis und seine Mitautoren sind überzeugt, dass es sich bei der Finanzkrise um eine tiefe systemische GMÜR-Krise handelt, die – wie Keynes gezeigt hat – zu einer längerfristigen Depression oder Stagnation zu führen droht. Darauf war die EWU in keiner Weise vorbereitet, ganz im Gegenteil: Sie funktionierte anfänglich nur dank des Minotaurus-GMÜR. Deshalb traf die Finanzkrise die EWU besonders hart.

Die Ausführungen zeigen, dass zwar Lapavitsas wie Varoufakis davon ausgehen, dass die Finanzkrise als Krise einer neuen Phase des Kapitalismus (ab den 1970er-Jahren) analysiert werden muss. Sie tun es in ihrem jeweiligen Rückgriff auf marxistische und keynesianische Analysen jedoch auf unterschiedliche Art (Lapavitsas 2015a; Varoufakis 2013). Was die EWU anbelangt, beruft sich jeder auf einen anderen Aspekt des Keynesianismus: Varoufakis auf die Krisen- und Depressionstheorie von Keynes, Lapavitsas auf Keynes' Vorschläge, die sich mit Ausgleichsmechanismen zwischen Überschuss- und Defizitländern befassen.

2. Kritik der Architektur und der Regulierungen der EWU

Die zentrifugalen Kräfte der EWU

Im Vertrag von Maastricht wurden die Bedingungen für den einheitlichen Währungsraum festgelegt: Die Geld- und Kapitalzinsen der Mitgliedsländer sollten sich angleichen, die Inflation in allen Ländern etwa gleich hoch – bei zwei Prozent – liegen. Um Letzteres zu erreichen, sollte die Verschuldung und damit die Budgetdefizite der Staaten in engen Grenzen gehalten werden. Hier setzt die makroökonomische Kritik von Lapavitsas an, die er gemeinsam mit Heiner Flassbeck formuliert hat (Flassbeck/Lapavitsas 2015): Die monetaristische Theorie besagt, dass Inflation wesentlich von der Steuerung der Geldmenge abhängt. Doch dies ist eine empirisch und theoretisch schwer belegbare These. Vor allem lässt sich nicht empi-

risch belegen, dass eine «systemische Beziehung zwischen der Höhe des Budgetdefizits und der Inflationsrate» besteht (ebd., 28). Auf dieser Annahme beruhen jedoch die im Vertrag von Maastricht festgelegten Kriterien für die zulässigen Staatsdefizite und -schulden.

Um das gemeinsame Inflationsziel zu erreichen, wäre es für ein einzelnes Land zentral, die Reallöhne an die eigene Produktivitätsentwicklung anzupassen. Eine solche Anpassung ist jedoch in den Maastricht-Kriterien ursprünglich nicht vorgesehen, wird aber inzwischen diskutiert. Das Problem der EWU ist, dass sich insbesondere Deutschland nicht an diese goldene Regel des Keynesianismus gehalten hat – im Unterschied etwa zu Frankreich. Deutschland hat trotz massiver Produktivitätserhöhung die Reallöhne gesenkt, wurde dadurch immer konkurrenzfähiger auf dem Weltmarkt und avancierte zum Europa- und neuerdings Weltmeister der Exporte. Da nicht alle Länder mehr exportieren als importieren können, schlägt sich diese einseitig exportorientierte Politik in einer Zunahme der Handelsdefizite von anderen Euroländern nieder – ein Ungleichgewicht, das schon vor der Finanzkrise bestanden hat. Mit der asymmetrischen Entwicklung innerhalb der EWU werden auch die Machtverhältnisse und Interessenlagen einzelner Länder immer asymmetrischer. Damit geschieht, was bereits Keynes voraussagte: Die Gläubigerländer dominieren zunehmend die Defizitländer.

Bei einem Wechselkursystem könnte ein Land mit Handelsdefiziten seine Landeswährung abwerten, um besser mit den Exporten des Überschusslandes zu konkurrieren – eine Politik, die beispielsweise Italien bis zur Einführung des Euro erfolgreich verfolgt hat. In einer Währungsunion besteht diese Möglichkeit nicht. Ein Land mit einer Exportschwäche muss die Löhne senken – ein zentraler Punkt in den Reformprogrammen der Eurogruppe.⁷ Solche Anpassungsmassnahmen führen dazu, dass bei einer Reallohnsenkung auch die Binnennachfrage und die Steuereinnahmen zurückgehen. Der Extremfall ist Griechenland, wo wegen der Reformprogramme nicht nur die Reallöhne drastisch gesenkt wurden, sondern auch Staatspersonal massenweise entlassen sowie Sozialausgaben und Renten drastisch gekürzt wurden: Das nationale Einkommen sank stetig und damit die Binnennachfrage und die Produktion fürs Inland, nicht zuletzt auch die Steuereinnahmen. Dazu kam das radikale Spardiktat der Troika für den griechischen Staat – ein sicheres Rezept für eine Wirtschaftsdepression (Flassbeck/Lapavitsas 2015, 132 f.).

Tendenz zu nationalistischen Interessen

Lapavitsas macht auf einen weiteren Aspekt dieser Entwicklung aufmerksam, der in engem Zusammenhang mit Varoufakis' GMÜR-Analyse steht

und in keynesianischen Analysen internationaler Wirtschaftsbeziehungen zentral ist: Wenn Deutschland über viele Jahre einen ständig grösseren Handelsbilanzüberschuss hat (also mehr exportiert als importiert), fliesst stetig mehr Geld nach Deutschland. Dieses wiederum wird als Geldkapital in andere Länder exportiert – eine Form des Recyclings der deutschen Überschüsse. Die Defizitländer wiederum müssen sich gegenüber dem Ausland verschulden, da sie ihre Exportdefizite mit Anleihen oder Krediten finanzieren müssen (es sei denn, ausländische Unternehmen investieren direkt in Tochterunternehmen in den Defizitländern). Asymmetrische Handels- und Dienstleistungsbilanzen sind somit eine wesentliche Ursache für die Verschuldung der Defizitländer. Wegen der Finanzkrise fand ein massiver und plötzlicher Kapitalrückzug aus den Defizitländern wie Griechenland, Irland, Spanien und Portugal statt, weil solche indirekte Investitionen nun als unsicher galten. Die Länder drohten bankrott zu gehen, weil sie die auslaufenden Anleihen auf den europäischen Kapitalmärkten nicht mehr durch neue ersetzen konnten. Sie gerieten in eine Auslandsschuldenkrise, die durch Umschuldungen in Staatsschulden umgewandelt wurden.⁸ Um die Länder in der Krise liquide bzw. schuldendienstfähig zu erhalten, gewährten der IWF, die EZB und der notfallmässig gegründete EFSF-Fond⁹ Anleihen. Die von der Troika verordneten Austeritätsprogramme haben also lediglich den Zweck, die Schuldendienste an die Euroland-Gläubiger und den IWF unter allen Umständen zu gewährleisten.

Varoufakis teilt diese Analyse, aber seine Kritik geht tiefer: Der entscheidende Punkt beim Krisenmanagement der EWU sei, dass die Risiken für die Rettung der Einheitswährung auf die SteuerzahlerInnen der *einzelnen* Euroländer abgewälzt und somit nicht nur sozialisiert, sondern nationalisiert wurden. Diese Sozialisierung-Nationalisierung fand auf zwei Arten statt:

1. Irland beispielsweise konnte im Unterschied zur Schweiz nicht auf eine Zentralbank zurückgreifen, die Geld drucken konnte, um den Pleitebanken die toxischen Schuldpapiere abzukaufen und damit die Gläubiger der Banken vor einem Bankencrash zu schützen. Dennoch wurde der irische Staat von der EZB gezwungen, allen Einlegern die Guthaben zu garantieren – auch den ausländischen Investoren und Spekulanten. Damit sollte das europäische Bankensystem vor einem Crash bewahrt werden. Vergleichend auf die Schweiz bezogen, bedeutete dies: Der Kanton Zürich, mit einem Staatsbudget von 12,2 Milliarden Franken, wäre alleine für ein Rettungspaket für die UBS (insgesamt rund 36 Milliarden Franken) zuständig gewesen – weil der Hauptsitz dieser Bank im Kanton Zürich liegt.¹⁰ Dazu hätte der Kanton zwar von der Schweizerischen Nationalbank einen voll verzinslichen Kredit in der dreifachen Höhe des eigenen Budgets bekommen, aber eben zulasten der Staatsrechnung des Kanton Zürich.

In Realität stellte die SNB für den Kauf toxischer Wertpapiere der UBS damals rund dreissig Milliarden Franken zur Verfügung, ohne dies irgendeiner staatlichen Struktur als Kredit anzurechnen. Zusätzlich kaufte der Bund zulasten der Staatsfinanzen für sechs Milliarden Franken UBS-Wandelanleihen auf, um die Kapitalbasis der UBS zu stärken. In der EWU hingegen wurde die Bankenkrise auf die einzelnen Euroländer abgewälzt, ohne dass diese eigene Zentralbanken als «Lender of last resort» hatten, die die Folgen der Krise hätten abfedern können. Genau dies sollten Zentralbanken aber normalerweise tun – und eigentlich hätte es dafür die EZB gegeben. Aber das war laut Statuten der EZB nicht erlaubt bzw. schlicht nicht vorgesehen. Inzwischen hat die Europäische Union zwar eine Bankenunion gegründet und die Überwachung der Banken zentralisiert. Die Rettungskosten werden aber weiterhin weitgehend dem betroffenen Euroland angelastet.

2. Griechenland weist demgegenüber Besonderheiten auf: Der griechische Staat war beim Ausbruch der Finanzkrise bereits enorm verschuldet, vor allem gegenüber französischen, deutschen und schweizerischen Banken, aber auch gegenüber einheimischen. Dies, als das europäische Bankensystem knapp vor einem Crash stand. Deshalb sollte es laut Beschlüssen des IWF und der EWU-Verantwortlichen sowie auf Druck der USA nicht zu einem Schuldenstreichungsverfahren für Griechenland kommen. Die «Lösung» war, dass der griechische Staat bilaterale Anleihen von einzelnen Euroländern sowie Anleihen von der EZB, vom IWF¹¹ und dem EFSF erhielt, um die Schulden an die Banken zurückzubezahlen. Die Schuldenkrise Griechenlands wurde vertagt. Das Problem besteht darin, dass sowohl beim EFSF (bzw. ESM) als auch bei der EZB die einzelnen Euroländer jeweils für einen Teil der Anleihen entsprechend der Höhe ihres Bruttoinlandprodukts garantieren müssen. Das führt dazu, dass die SteuerzahlerInnen der Schuldnerländer direkt zu SchuldnerInnen der SteuerzahlerInnen der Gläubigerländer gemacht werden. Die heutige Hauptfunktion der EWU ist somit, Schulden zuhanden der SteuerzahlerInnen (und StimmbürgerInnen) der Gläubigerländer in der EU einzutreiben.

Varoufakis betont unermüdlich, dass dies nicht nur zu einer wachsenden Ungleichheit, sondern auch zu einem gehässigen Nationalismus führt: zur Verachtung der «über ihre Verhältnisse lebenden» Griechen, für die deutsche SteuerzahlerInnen angeblich bezahlen müssen. Europa sei durch eine gemeinsame Währung gespalten, nicht vereint (Varoufakis 2015a). Dieses Konstrukt nationaler Verantwortung ist einer der Gründe, weshalb sich die FinanzministerInnen der Eurostaaten mit allen Mitteln gegen eine Vereinbarung mit Griechenland wehren, die ein Schuldenstreichungsverfahren vorsieht – auch wenn der IWF dies schon seit längerem vorschlägt. Varoufakis legte deshalb ein Konzept vor, wie die Schulden

insbesondere gegenüber der EZB und dem IWF umgeschuldet werden könnten, ohne dass damit die Schulden der Eurostaaten steigen würden. Das wäre zwar technisch einfach, ist aber politisch praktisch unmöglich. Eine solche Umschuldung würde der Doktrin von Euroland widersprechen, dass die EZB weder Staaten noch den ESM finanzieren darf. Denn damit würde das Ur-Geldgesetz des Neoliberalismus infrage gestellt: das Verbot einer Geldschöpfung zur direkten Finanzierung von Staaten.

Von der Krisenunfähigkeit zu einer dezentralisierten Europäisierung

Zur Zukunft der EWU befragt, sagte Varoufakis im März 2015: «Europa ist zurzeit in einem traurigen falschen Dilemma gefangen. Einerseits gibt es die Ansicht, dass der eingeschlagene Weg gangbar ist und Europa aus der Krise führt. Diese Ansicht teile ich nicht. Andererseits ist es auch falsch, eine Föderation als einzige Alternative zu sehen. Dies scheint mir weder möglich noch wünschbar. Zum Glück gibt es eine dritte Option, die ich gerne als ‚Dezentralisierte Europäisierung‘ bezeichne.» (Varoufakis 2015b, Übers. d. Red.) Es geht dabei um die Frage, welche Zentralisierung auf europäischer Ebene ein demokratisches und soziales Europa *in der heutigen Situation* globaler Finanzmärkte und eines zerrütteten GMÜR bräuchte.

In der Schrift *Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise* (Varoufakis u. a. 2015) betont Varoufakis die Unvorhersehbarkeit kapitalistischer Entwicklung und fragt nach den Aufgaben, die eine EWU in schweren Krisen zu übernehmen hätte. Seine These lautet, bildlich gesprochen: Es braucht nicht nur wirksame Regelungen für eine Vermeidung von Bränden und Katastrophen (Stabilisierungsregelungen), sondern auch eine arbeitsfähige Feuerwehr (zur Bekämpfung einer schwerwiegenden Krise) und – für den Fall, dass es gebrannt hat – Gebäudeversicherungen und den Wiederaufbau der Häuser. Für alle drei Phasen müssen institutionelle Vorkehrungen innerhalb der EWU existieren. Varoufakis schlägt dabei Massnahmen vor, die eine echte Bankenunion schaffen und so verhindern würden, dass Rettungskosten auf einzelne Länder abgewälzt werden. Ebenso müssten Staatsschulden mindestens zum Teil durch EWU-Institutionen verwaltet und finanziert werden, um eine Spekulation mit Staatsschulden zu verhindern. Ferner bräuchte es einen europäischen Recyclingmechanismus, der brach liegendes Kapital (gegenwärtig Billionenbeträge) durch Investitionsprogramme der Europäischen Investitionsbank in Länder leitet, die Investitionen benötigen. Schliesslich müsste es ein Sozialprogramm geben, finanziert aus Zinseinnahmen von Krediten der EZB an Euroländer, um zumindest die schlimmsten sozialen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu mildern.

Schlussbemerkungen

Bisher hat der EWU keine demokratisch legitimierte zentrale Instanzen. Tagsatzungsähnliche Gremien wie die Eurogruppe fungieren im Wesentlichen als Überwachungs- und Durchsetzungsinstanzen. Für mehr sind sie ungeeignet, da ihnen verbindliche Regeln fehlen. Wer die Verhandlungen der Eurogruppe und der EZB mit Griechenland seit der Wahl von Syriza mitverfolgt hat, musste entsetzt feststellen, wie stark die Entscheide der Eurogruppe, der EZB und auch des IWF von politischen und wirtschaftlichen Erpressungen und Willkürentscheiden geprägt und von Interessenkonflikten blockiert waren. Milliarden von Euro wurden zurückgehalten, die Notfinanzierung der Banken durch die EZB zunehmend eingeschränkt. Kurzum: Den Finanzflüssen wurde der Hahn zugedreht, je nachdem wie konfliktreich die Verhandlungen mit der Syriza-Regierung gerade waren. Im Gegensatz zu den USA gibt es in der EWU auch kein Korrektiv öffentlicher demokratischer Kontrollen und Debatten, welches die Troika nicht nur für die Resultate ihres Tuns zur Verantwortung ziehen, sondern auch zur Vernunft bringen könnte und notwendige weiterführende Grundsatzentscheide ermöglichen würde.

Gegenwärtig finden jedoch, von den Medien weitgehend ignoriert, zunehmend EU-interne Diskussionen über die Reform der Währungsunion statt (Sandbu 2015b). Für die Linke wären die klugen Argumente und klaren Analysen, mit denen Varoufakis und Lapavitsas ihre unterschiedlichen Positionen verteidigen, ein guter Einstieg, sich in diese Hintertür-Reformdebatten nicht nur einzumischen, sondern die Kontroversen in die Öffentlichkeit zu tragen und sie weiterzuführen. Denn wir brauchen einen makroökonomischen linken Dialog über die ökonomischen Aufgaben einer EWU und ihrer Institutionen. Die griechische Regierung hat dafür gute Vorarbeit geleistet.

Anmerkungen

- 1 Offiziell heisst es EWWU, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (im Englischen Economic and Monetary Union, EMU). Inoffiziell wird häufig EWU gebraucht, oft auch, um die Institutionen und Regelungen der Einheitswährung zu umschreiben.
- 2 Aus ihren bisherigen Veröffentlichungen und Aussagen geht nicht klar hervor, inwieweit sich Varoufakis und Lapavitsas über die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven innerhalb Griechenlands einig sind. Ihre Positionen weichen nicht vom Wahl- und Regierungsprogramm von Syriza ab (das Thessaloniki-Programm), mit dem Griechenland aus der Abwärtsspirale von Schulden-Deflation und wirtschaftlicher Depression geführt werden soll. Siehe dazu: www.syriza.gr/article/SYRIZA---THE-THESSALONIKI-PROGRAMME.html#VX29vetJ-KI (Abfrage 10.7.2015).
- 3 Eurogruppe: Eine Arbeitsgruppe der EWWU, die anlässlich der Finanzkrise eingesetzt wurde. Dazu gehören die Finanzminister der Euroländer sowie Vertreter der

Europäischen Zentralbank (EZB), des EMS und der EU-Kommission; im Falle Griechenlands auch VertreterInnen des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Eurogruppe hat zusammen mit der EZB und dem IWF eine Expertengruppe eingesetzt, Troika genannt, welche für die technischen Verhandlungen und die Überwachung der Schuldnerländer zuständig ist.

- 4 So weit die rudimentäre Zusammenfassung des lesenswerten Buches von Lapavitsas u. a. (2012).
- 5 Durch die relative Verselbständigung der Finanzflüsse von der «realen Produktion» seit den 1970er-Jahren ist eine postkeynesianische Theorie des «monetären Recyclings» entstanden, auf die sich Varoufakis und seine Co-Autoren meines Erachtens implizit berufen.
- 6 Gleichzeitig wurden neben den europäischen Waren massenweise billige Konsumgüter insbesondere aus asiatischen Ländern und zunehmend aus China importiert. Nebst Privatverschuldung ermöglichten diese es den US-AmerikanerInnen, den Lebensstandard trotz sinkender Realeinkommen aufrechtzuerhalten. Das Handelsbilanz Defizit wurde durch Kapitalflüsse in die USA finanziert.
- 7 Siehe auch Flassbeck/Lapavitsas (2015) und den Blog von Heiner Flassbeck u. a.: www.flassbeck-economics.de (Abfrage 10.7.2015).
- 8 Dies, weil die nationalen Zentralbanken (d. h. letztlich die SteuerzahlerInnen) bei Umschuldungen die Garantien für die Auslandsschulden übernehmen müssen, egal ob diese ursprünglich private Schulden gegenüber Banken (wie in Spanien) oder öffentliche Schulden (wie in Griechenland) waren.
- 9 Der European Financial Stability Fund (EFSF) wurde im Juni 2010 als vorübergehender Krisenlösungsmechanismus gegründet und gab Kredite an Irland, Portugal und Griechenland. 2012 wurde er durch die permanente Institution namens European Stability Mechanism (ESM) abgelöst. Dieser soll einen Schild gegen die Spekulation mit Staatsanleihen bieten respektive deren Zinsen tief halten oder in speziellen Not-situationen Euroländern mit Anleihen aushelfen.
- 10 Varoufakis erklärt dies am Beispiel der USA und des Staates Delaware.
- 11 Die grösste Kreditvergabe in der Geschichte des IWF.

Literatur

- Flassbeck, Heiner / Lapavitsas, Costas, 2015: Nur Deutschland kann den Euro retten. Der letzte Akt beginnt. Frankfurt am Main
- Galenianós, Manólis, 2015: Die Ursache der griechischen Wirtschaftskrise: Eine europäische Perspektive. In: Klemm, Ulf-Dieter / Schultheiss, Wolfgang (Hg.): Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen. Frankfurt am Main / New York, 89–110
- Giannítsis, Tássos, 2015: Die griechische Staatsverschuldung und die Krise. In: Klemm, Ulf-Dieter / Schultheiss, Wolfgang (Hg.): Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen. Frankfurt am Main / New York, 198–215
- Giannítsis, Tássos / Zografakis, Stavros, 2015: Greece: Solidarity and Adjustment in Times of Crisis. Athen. Studie gefördert vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung, IMK Study 38, März 2015. www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_38_2015.pdf (Abfrage 10.7.2015)
- Kleiser, Paul B., 2014: Griechenland – Die Last der Geschichte. In: Ders. (Hg.): Griechenland im Würgegriff. Ein Land der EU-Peripherie wird zugerichtet. Köln, 17–108
- Lapavitsas, Costas (Hg.), 2012: Financialization in Crisis. Chicago
- Lapavitsas, Costas, 2013: Profiting Without Producing. How Finance Exploits Us All. London / New York

- Lapavitsas, Costas, 2015a: Greece: Phase Two. Greek MP Costas Lapavitsas on the economic barriers ahead for Syriza and the challenges of Eurozone exit. Gespräch mit Sebastian Budgen. In: Jacobin, 12. März. www.jacobinmag.com/2015/03/lapavitsas-varoufakis-grexit-syriza (Abfrage 10.7.2015)
- Lapavitsas, Costas 2015b: The Looming Austerity Package. The European «institutions» are seeking a public defeat of Syriza and the closing off of any alternative. In: Jacobin, 12. Juni. www.jacobinmag.com/2015/06/syriza-troika-lapavitsas-austerity-tsipras (Abfrage 10.7.2015)
- Lapavitsas, Costas u. a., 2012: Crisis in the Eurozone, London/Brooklyn
- Sandbu, Martin, 2015b: The long game for the Euro. Don't let Greece drama distract from deeper debate. In: Financial Times, 12. Juni, London
- Tsipras, Alexis 2015: Europe at crossroads. www.primeminister.gov.gr/english/2015/05/31/prime-minister-alexis-tsipras-article-at-le-monde-newspaper-europe-at-crossroads (Abfrage 10.7.2015) (Im Original: L'Europe est à la croisée des chemins. In: Le Monde, 31. Mai, Paris)
- Varoufakis, Yanis, 2012: Der Globale Minotaurus. Amerika und die Zukunft der Weltwirtschaft. München
- Varoufakis, Yanis, 2013: Confessions of an Erratic Marxist in the Midst of Repugnant European Crisis. Blogeintrag vom 10. Dezember. www.yanisvaroufakis.eu (Abfrage 10.7.2015) (Deutsch, gekürzt: Rettet den Kapitalismus. In: WOZ, 26. Februar, Zürich)
- Varoufakis, Yanis, 2015a: Greece, Germany and the Eurozone – Keynote at the Hans-Böckler-Stiftung, Berlin, 8. Juni. Blogeintrag vom 9. Juni. www.yanisvaroufakis.eu (Abfrage 10.7.2015)
- Varoufakis, Yanis 2015b: Presenting an agenda for Europe at Ambrosetti (Lake Como, 14.3.2015). Blogeintrag vom 15. März. www.yanisvaroufakis.eu (Abfrage 10.7.2015)
- Varoufakis, Yanis / Halevi, Joseph / Theocarakis, Nicholas J., 2011: Modern Political Economics. Making sense of the post-2008 world. London / New York
- Varoufakis, Yanis / Holland, Stuart / Galbraith, James K., 2015: Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise. München